

HUBERT FETZER

Klimawandel und Sozialismus

Niemand kann es mehr ernsthaft bestreiten: Der gegenwärtig zu beobachtende Klimawandel ist wesentlich das Ergebnis menschlicher Aktivitäten. Die Kernaussagen des Berichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) aus dem Jahr 2007 machen dies überaus deutlich: Die globalen anthropogenen Treibhausgasemissionen sind im Zeitraum von 1970 bis 2004 um 70 Prozent, die CO₂-Emissionen sogar um 80 Prozent gestiegen, wobei sich die Zunahme in den letzten zehn Jahren beschleunigt hat. Die globale Treibhausgaskonzentration hat seit dem Jahr 1750 deutlich zugenommen und übersteigt heute bei weitem die Werte aus dem vorindustriellen Zeitalter. Die Folge dieses Zustands ist die globale Erwärmung, deren Konsequenzen bereits heute spürbar sind.¹

Der Klimawandel ist im wesentlichen das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise

Der Extrakt der Analysen führender Klimaforscher der Welt lautet: Der gegenwärtig sich vollziehende Klimawandel ist vor allem das Produkt menschlicher Aktivitäten seit Beginn der Industrialisierung. Die Ersetzung von Holz durch die massenhafte Nutzung von Kohle, später Öl und Erdgas als energetische Grundlage für die Industrie führte zum sprunghaften Anstieg der CO₂-Emissionen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft bewirkte eine drastische Erhöhung der Methan- und Lachgasemissionen. Maschinelle Produktion und Landwirtschaft gehen jedoch eine verhängnisvolle Symbiose ein. »Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft, und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.«² Es ist die kapitalistische Produktion, die den industriellen Prozess entwickelt, »indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter«³.

Die Untergrabung der menschlichen Arbeitskraft durch die kapitalistische Produktion weist viele Facetten auf. Sie reichen von der Erschöpfung der Lebenskraft jener Arbeiter, die der technische Fortschritt im Arbeitsprozess belässt, bis zur Herausbildung einer industriellen Reservearmee, die in dem Maße zunimmt, wie das Kapital wächst. Mit der Armee der Arbeitslosen wächst zugleich der offizielle

Hubert Fetzer – Jg. 1932; Dr. phil., Diplomphilosoph; arbeitete von 1956 bis 1971 in der Braunkohlenindustrie und von 1972 bis 1991 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Der Autor widmet diesen Aufsatz dem Andenken an Klaus-Dieter Wüstneck. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus, Heft 210 (April 2008).
hubert.fetzer@t-online.de

1 Intergovernmental Panel on Climate Change: Fourth Assessment Report. Summary for Policymakers, S. 5 ff., www.ipcc.ch.

2 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25, S. 821.

3 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 530.

4 Ebenda, S. 674.

Pauperismus. Diese Tendenz bezeichnete Karl Marx als »*das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*«⁴.

Auf der anderen Seite zerstört die kapitalistische Produktion die Natur, indem sie einen wachsenden Anteil des landwirtschaftlich genutzten Bodens unfruchtbar macht und erodieren lässt, indem sie die Luft verpestet und das Wasser verunreinigt, indem sie immer mehr Wälder vernichtet und einen radikalen Artenschwund bewirkt. Der bisherige Höhepunkt kapitalistischer Naturzerstörung ist mit der Aufheizung der Atmosphäre und dem dadurch verursachten Klimawandel erreicht. Dieses Phänomen unterscheidet sich von anderen Prozessen der Naturzerstörung dadurch, dass der Klimawandel sich nicht lokal begrenzt vollzieht, sondern unseren gesamten Planeten erfasst. Mehr noch, der Klimawandel lässt sich nicht wie die Bodenverschlechterung oder die Wasserverunreinigung rückgängig machen, die emittierten Treibhausgase werden in der Atmosphäre akkumuliert und verbleiben dort über einen Zeitraum von mehr als 100 Jahren.

Aus der globalen und zeitlich lang anhaltenden Treibhausgaskonzentration ergeben sich gravierende Folgen für die menschliche Entwicklung. So sind nicht nur eine Stadt, ein Land oder ein Kontinent betroffen, sondern alle Erdbewohner. Die Zeitspanne zwischen Ursache und Wirkung ist nicht ein Jahr oder ein Jahrzehnt, sondern ein Jahrhundert. Wir erleben heute die Folgen der Treibhausgasemissionen, die die Generationen unserer Väter und Großväter verursachten, während die Treibhausgase, die wir jetzt in die Atmosphäre schicken, dort mindestens bis zum Anfang des nächsten Jahrhunderts verbleiben und somit nicht nur unseren Enkeln, sondern auch unseren Urenkeln zu schaffen machen werden.

Die Menschheit ist daher doppelt mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert: zum einen mit den Folgen, die gegenwärtig und in den nächsten Jahrzehnten unvermeidlich auftreten werden, weil sie das Resultat der bereits in der Vergangenheit produzierten Emissionen sind und zum zweiten – in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts – mit den Folgen jener Emissionen, die heute und in den nächsten Jahren noch produziert werden.

Von der gegenwärtigen Gefährdung der menschlichen Entwicklung sind die Ärmsten der Welt – das sind rund eine Milliarde Menschen – zuerst und am stärksten betroffen. Sie leben vorwiegend in städtischen Slums und in ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer des Südens, die von Dürren, Unwettern und Überflutungen besonders betroffen sind. Zudem sind diese Menschen durch Mangelernährung und unzureichenden Zugang zur Gesundheitsversorgung besonders anfällig. Die zukünftige Gefährdung der menschlichen Gesellschaft betrifft jedoch nicht nur die Ärmsten der Welt, sondern alle Menschen. Wenn es in den nächsten Jahren nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen radikal zu reduzieren, ergibt sich die reale Gefahr des beschleunigten Auseinanderbrechens der großen Eisschilde der Erde, der Erwärmung der Ozeane und des Zusammenbruchs der Ökosysteme der großen Regenwälder. Dadurch könnten Prozesse in Gang gesetzt werden, die die menschliche und physische Geografie unseres Planeten umformen würden.

Die Menschheit steht somit gegenwärtig vor der wichtigsten Entscheidung ihrer jüngeren Geschichte: Entweder geht sie den bisherigen Weg weiter, der unweigerlich in einer ökologischen Katastrophe enden wird, oder sie schlägt einen neuen Weg ein, der mit einer rechtzeitigen Begrenzung des Klimawandels das Schlimmste für die Menschheit noch abwenden kann.

Der Begrenzung des Klimawandels stehen das Profitstreben und der Konkurrenzkampf der Bourgeoisie entgegen

Für die Entscheidung der Menschen, ihre gegenwärtige Produktions- und Lebensweise beizubehalten oder zu verändern, wird von den Klimaforschern ein exakter, naturwissenschaftlich belegter Handlungsrahmen gesetzt. So besteht wachsender Konsens, dass ein Temperaturanstieg um zwei Grad Celsius die kritische Schwelle bildet, ab der es zu gefährlichen Klimaänderungen kommen könnte. Um diese Schwelle nicht zu überschreiten, müssen die Treibhausgasemissionen weltweit bis zum Jahre 2050 gegenüber dem Stand 1990 im Durchschnitt um 50 Prozent reduziert werden, in den Industriestaaten um mindestens 80 Prozent, in den Entwicklungsländern um 20 Prozent. Es bleiben höchstens zehn Jahre Zeit, um den Übergang zu Energiesystemen mit geringem CO₂-Ausstoß einzuleiten.⁵

Der Verwirklichung dieser Zielstellung stehen die bornierten Klasseninteressen der Bourgeoisie auf mehrfache Weise entgegen. Die erste Hürde ergibt sich aus dem Zwang zur Profitmacherei, dem jeder Kapitalist bei Strafe seines Untergangs unterworfen ist. Das zeigt sich sehr deutlich in den Wirtschaftszweigen Strom- und Wärmeenergieerzeugung sowie Verkehr, aus denen zusammen gegenwärtig 38 Prozent aller Treibhausgasemissionen stammen.⁶ Die Energiekonzerne ziehen riesige Profite aus der Nutzung fossiler Energieträger. So hat der Branchenprimus ExxonMobil 2006 mit 39,5 Milliarden Dollar den höchsten Unternehmensgewinn in der US-Geschichte erwirtschaftet.

Der in der kapitalistischen Wirtschaft beispiellosen Kapitalakkumulation durch die fossile Energiewirtschaft sind zukünftig zwei Grenzen gesetzt. Die erste Grenze ist fließend und wird durch die regenerative Energiewirtschaft gezogen, die mit Einspeisungen in Stromnetze begonnen hat, aber noch keine ernsthafte Konkurrenz für die fossile Energiewirtschaft darstellt. Die zweite Grenze ist absolut und ergibt sich aus dem Verschwinden von Kohle-, Gas- oder Ölvorkommen, die wirtschaftlich förderbar sind. Darauf bereiten sich die großen Energiekonzerne bereits langfristig vor, indem sie in wachsendem Maße in Forschung, Entwicklung und Produktion besonders auf dem Gebiet der Photovoltaik investieren. Die durch die Konkurrenz und das Verschwinden der Lagerstätten entstehenden Grenzen werden jedoch erst in der Mitte dieses Jahrhunderts für die Energiekonzerne voll wirksam. Der Klimawandel dagegen ist ein Fakt, der durch seine bloße Existenz keine begrenzende Wirkung auf die Profitmacherei ausüben kann, wenn man davon absieht, dass durch Veränderungen des Wasserhaushalts der Erde Förderbedingungen für fossile Energieträger beeinträchtigt werden können.

Würden sich die Energiekonzerne an der Senkung der Treibhausgasemissionen entsprechend den Vorgaben von Klimaforschern beteiligen, bedeutete dies eine radikale Abkehr von fossilen Energieträgern

5 Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), Bonn 2007, S. 30, 34 und 60.

6 Vgl. World Resources Institute: Climate Analysis Indicators Tool (CAIT) Version 5.0, Washington, DC 2008, <http://cait.wri.org>.

und die beschleunigte Umstellung auf regenerative Energieträger. Im Ergebnis würde die Profite jedoch sofort massiv sinken. Die Energiekonzerne müssten also auf Profite verzichten, die ihnen bei der fortgesetzten Förderung von fossilen Energieträgern zufließen würden. Darüber hinaus müssten sofort enorme Mittel für den Umbau der Produktionsstruktur aufgebracht werden, die die Gewinne weiter schmälern. Teilnahme an den Bestrebungen zur Begrenzung des Klimawandels wäre somit für die Energiekonzerne gleichbedeutend mit einer Begrenzung ihrer Profite, ohne Not, das heißt ohne ökonomischen Zwang.

Tatsächlich sind die Energiekonzerne – unbeeindruckt vom Klimawandel – bestrebt, die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, indem sie die Öffentlichkeit mit Schlagwörtern wie »Clean Coal« und »Biosprit – die grüne Alternative« zu täuschen versuchen.⁷

Das bornierte Klasseninteresse der Bourgeoisie erzeugt noch eine zweite Hürde für die Klimaschutzpolitik. Bürgerliche Gruppeninteressen stehen sich nämlich auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen und in internationalen Organisationen gegenüber. Das zeigt sich insbesondere bei den Auseinandersetzungen um den Interessenausgleich zwischen den Industrieländern als den Hauptverursachern des Klimawandels und den Entwicklungsländern als den Hauptleidtragenden. Die Statistiken der Klimaforscher zeichnen ein eindeutiges Bild: Die Industrieländer sind die größten Emittenten von Treibhausgasen. Von jeweils zehn Tonnen CO₂-Emissionen seit dem Jahre 1840 gehen sieben auf ihr Konto, wobei fast drei allein auf die USA zurückgehen. Betrachtet man die aktuellen Emissionen, so konzentrieren sie sich auf eine kleine Gruppe von Ländern, zu denen neben den G8-Staaten auch China, Indien, Indonesien und Brasilien – letztere auf Grund der Brandrodung ihrer Wälder – zählen. Das ändert aber nichts an der grundsätzlichen Teilung der Welt, in der die reichen Länder mit nur 15 Prozent der Weltbevölkerung 45 Prozent der CO₂-Emissionen verursachen, während auf die Gruppe der Länder mit niedrigem Einkommen zwar ein Drittel der Weltbevölkerung, aber lediglich sieben Prozent der Emissionen entfallen.⁸

Betrachtet man die klimatischen Auswirkungen der Treibhausgasemissionen auf die Menschen, so ist das Bild genau umgekehrt. Der Klimawandel ist ein globales Phänomen mit lokalen Effekten, die in den Entwicklungsländern des Südens weitaus stärker auftreten als in den Industrieländern des Nordens. Die hauptsächlichsten Wirkungen sind: Geringere landwirtschaftliche Produktivität, erhöhte Unsicherheit in Bezug auf Wasserverfügbarkeit, verstärktes Auftreten von Überschwemmungen in Küstengebieten und von extremen Wetterereignissen, Zusammenbruch von Ökosystemen, erhöhte Gesundheitsrisiken. Von Klimakatastrophen wie Dürren, Überschwemmungen und Unwettern war im Jahresdurchschnitt des Zeitraums von 2000 bis 2004 jeder 19. Einwohner von Entwicklungsländern betroffen, während diesen Wirkungen in den OECD-Ländern nur einer von 1 500 Menschen ausgesetzt war.⁹

Wir sind also mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass die Industriestaaten als Hauptverursacher des Klimawandels gegenwärtig noch am wenigsten von seinen Wirkungen spüren, während die Ent-

7 Vgl. Gabriela von Goerne: Das »CO₂-freie Kraftwerk«: Der untaugliche Versuch, Kohle grün zu waschen, in: Solarzeitalter 2/2006, S. 11-14; The False Promise of Biofuels, September 2007, www.ifg.org/pdf/biofuels.pdf.

8 Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, a. a. O., S. 51 f.

9 Vgl. Ebenda, S. 92.

wicklungsländer, die am geringsten zu seiner Entstehung beigetragen haben, heute schon am stärksten unter seinen Folgen leiden. Die Konsequenz muss lauten: Die Industriestaaten müssen ihre Emissionen weitaus stärker zu reduzieren als die Entwicklungsländer, und es muss ein Lastenausgleich erfolgen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Pro-Kopf-Einkommen der Entwicklungsländer im Durchschnitt nur etwa ein Fünftel des Einkommens eines Einwohners der OECD-Staaten beträgt.

Allerdings sind die Industriestaaten dieser Verantwortung bisher nicht gerecht geworden. Der Stand bei der Erreichung der Zielvorgabe des Kyoto-Protokolls, die Treibhausgasemissionen bis 2010 gegenüber 1990 um fünf Prozent zu vermindern, ist enttäuschend. Die Emissionen sind im Weltmaßstab nicht geringer geworden, sondern gestiegen, wobei die durchschnittliche jährliche Zunahme der globalen CO₂-Emissionen in diesem Jahrzehnt mit bisher 3,1 Prozent doppelt so hoch ist wie in den 1990er Jahren.¹⁰ Die EU hatte sich zu einer Emissionsminderung von acht Prozent verpflichtet und wird nach den Prognosen bis 2010 weniger als ein Prozent erreichen. Die USA, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben, weisen eine Steigerung ihrer Emissionen um 16 Prozent gegenüber 1990 auf. Die Emissionen Japans lagen 2005 acht Prozent über dem Niveau von 1990 bei einer Reduktionsverpflichtung von sechs Prozent. Diese Angaben, die beliebig fortgesetzt werden könnten¹¹, zeigen bei erheblichen Unterschieden in der Umsetzung der Vereinbarung in einzelnen Ländern einen äußerst beunruhigenden Trend, der sich auch in bezug auf den Stand bei der Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern manifestiert – »zu wenig, zu spät, zu fragmentiert«¹².

Die Ursachen für diesen alarmierenden Zustand liegen darin, dass die Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern in einem System kapitalistischer weltwirtschaftlicher Beziehungen agieren, das mit Hilfe von Weltbank und Internationalem Währungsfonds geschaffen wurde. Dieses stürzt die Entwicklungsländer in riesige Schulden, degradiert sie zu Rohstofflieferanten und zwingt sie letztlich in eine neokoloniale Abhängigkeit. Es ist eine Illusion, darauf zu hoffen, dass die Industrieländer angesichts des Klimawandels diese ihre Wirtschaftsordnung aufgeben und »gerechte« Beziehungen zu den Entwicklungsländern aufbauen.

Eine weitere nicht unwesentliche Ursache für die unbefriedigende Bilanz der Klimaschutzpolitik ist die Konkurrenz zwischen den Industriestaaten. So lehnt George W. Bush jede Festlegung zur Verminderung der Treibhausgasemissionen in den USA mit dem Argument ab, dass damit die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Wirtschaft gefährdet würde. Erinnert sei auch an den erbitterten Streit zwischen europäischen Regierungen nach der Ankündigung der EU-Kommission, die Schadstoffnormen für Autos zu verschärfen.

Zu den ökonomischen Hürden für eine weltweit wirksame Klimaschutzpolitik kommt eine politische hinzu: die Diskrepanz zwischen dem langen Zyklus der Klimaveränderung und dem kurzen Zyklus der Politik, der durch die Dauer von Wahlperioden bestimmt wird. Es ist von Politikern kaum zu erwarten, dass sie die gegenwärtig notwendigen hohen Klimaschutzinvestitionen auf den Weg bringen, die erst

10 Vgl. Frances C. Moore: Carbon Dioxide Emissions Accelerating Rapidly, 9. April 2008, www.earth-policy.org/Indicators/CO2/2008.htm.

11 Vgl. Bericht über die menschliche Entwicklung 2007/2008, a. a. O., S. 67.

12 Ebenda, S. 229.

in Jahrzehnten positive Wirkungen zeitigen werden, aber jetzt erst einmal auf der Ausgabenseite verbucht werden müssen – und die sich zudem schlecht zum Wahlgeschenk eignen.

Insgesamt baut sich ein solch dichter und hoher Wald ökonomischer und politischer Hürden gegen eine wirksame Klimapolitik auf, so dass das Zustandekommen einer weltumspannenden Aktionsgemeinschaft zur Begrenzung des Klimawandels in der nächsten Dekade ziemlich unwahrscheinlich ist. Vielmehr ist zu befürchten, dass die Bourgeoisie der reichen Länder des Nordens erst dann zu einem Handeln bereit sein wird, das ihrer weltweiten Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels entspricht, wenn auch die Küsten ihrer Länder durch den Anstieg des Meeresspiegels ernsthaft bedroht sein werden. Dann wird es aber zu spät sein, um eine ökologische Katastrophe für die gesamte Menschheit noch verhindern zu können.

Der Klimawandel fordert die sozialistische Bewegung heraus, sich dem Verhältnis Mensch – Natur neu zu stellen

Der Klimawandel als globales Phänomen mit weitreichenden Folgen für die menschliche Entwicklung kann von der sozialistischen Bewegung nicht als ein Faktor unter anderen behandelt werden, sondern hat strategiebildenden Charakter, nicht nur in den gegenwärtig unmittelbar betroffenen Ländern und Regionen, sondern der ganzen Welt. Es geht dabei sowohl darum, das Gesellschaftsverständnis der Sozialisten zu hinterfragen, als auch darum, auf die neuen Herausforderungen durch den Klimawandel politisch alternativ zu reagieren.

Die allgemeine Frage, die sich aus dem Fakt des Klimawandels ergibt, lautet: Wie halten es die Sozialisten mit der Natur? Diese Frage ist nicht neu. In seiner *Kritik des Gothaer Programms* wandte sich Karl Marx gegen eine Gesellschaftsauffassung, die die Natur außen vor lässt, und formulierte sein Verständnis von Gesellschaft als dialektisches Verhältnis von Mensch und Natur anhand des die Gesellschaft konstituierenden Produktionsprozesses von Gebrauchswerten: »Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebenso sehr die *Quelle* der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.«¹³ Marx konkretisierte diese Gesellschaftsauffassung in seiner Kritik der kapitalistischen Produktionsweise, die, wie oben dargelegt, die Beziehung von menschlicher Arbeitskraft und äußerer Natur entwickelt, indem sie diese zugleich zerstört. Seine Aufmerksamkeit war dabei vor allem auf die Beziehungen der Menschen zueinander gerichtet und dies aus zwei Gründen: Zum einen stellte sich Karl Marx die gigantische Aufgabe, dem Verhältnis von Kapital und Arbeit, von Kapitalist und Arbeiter auf den Grund gehen zu wollen. Zum anderen hatte die kapitalistische Naturzerstörung erst begonnen und war abgesehen von der Auszehrung des Ackerbodens noch ohne großen Einfluss auf die kapitalistische Produktion. Marx verlor jedoch nie die Rolle der Natur für den Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise aus dem Auge.¹⁴

Die sozialistische Bewegung nach Marx wurde immer wieder mit den Ungeheuern aus dem Inneren des kapitalistischen Molochs konfrontiert, vor allem mit zwei Weltkriegen und dem Faschismus, so dass die wachsende Naturzerstörung zunächst wenig Beachtung fand.

13 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 15.

14 Vgl. Michael Löwy: Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie, in: UTOPIE kreativ, Heft 174 (April 2005), S. 306-315.

Der Klimawandel rückt nun jedoch schlagartig die Rolle der Natur für die Gesellschaftsentwicklung in das Blickfeld der sozialistischen Bewegung und stellt insofern eine Zäsur für das theoretische Denken dar, als klar wird, dass die Natur nicht nur schlechthin an der Produktion des sachlichen Reichtums der Gesellschaft beteiligt ist, sondern in wachsendem Maße auch destruktiv auf letztere zurückwirken kann.

In diesem Sinne entwickelt sich eine Rückbesinnung auf das Marx'sche Erbe¹⁵, das das sozialistische Denken in zweierlei Hinsicht voranbringen kann. Zum einen hilft es, das Wesen des sozialistischen Transformationsprozesses zu verstehen, zum anderen liefert es Grundlagen für die Formulierung sozialistischer Zielvorstellungen. Dies sei an der Gegenüberstellung der Marx'schen Auffassung von der kapitalistischen Produktionsweise und seiner Vision einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus demonstriert.

Für Marx initiiert die kapitalistische Gesellschaft, wie oben dargelegt wurde, einen Prozess der Schaffung immer größeren sachlichen Reichtums durch die Untergrabung seiner Quellen – der menschlichen Arbeitskraft und der äußeren Natur. Eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ist für Marx »die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen«, »die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur«¹⁶.

In diesem Sinne besteht der sozialistische Transformationsprozess darin, gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen, in denen sowohl die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen als auch die Zerstörung der Natur durch den Menschen überwunden sind. *Der Mensch kann nicht frei sein, ohne dass der Naturzerstörung Einhalt geboten wird. Die Naturzerstörung hört nicht auf, solange der Mensch unfrei ist.* Diese Dialektik muss Bestandteil jeglichen sozialistischen Gesellschaftsentwurfs sein. Die Konkretisierung sozialistischer Zielvorstellungen ist nicht nur programmatisch wichtig, sondern hilft auch, die Dialektik des sozialistischen Transformationsprozesses besser zu verstehen – wie am Beispiel der Transformation der energetischen Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise gezeigt werden kann.

Der Übergang vom atomar-fossilen zu einem nachhaltigen Energiesystem hat zwei grundlegende Aspekte. Zum einen geht es um die Veränderung der Beziehungen der Menschen zueinander im Prozess der Energieerzeugung, also der Produktionsverhältnisse in der Energiewirtschaft. Das heißt konkret: Es geht um die Brechung der Macht der Energiekonzerne. Diese grundlegende Herausforderung wird von der internationalen sozialistischen Bewegung in wachsendem Maße in das Zentrum ihres Handelns gerückt, wie die Nationalisierung der Energieressourcen in Lateinamerika¹⁷ oder die Anstrengungen der Linken in Deutschland zur Entmachtung der Stromkonzerne¹⁸ zeigen. Zum anderen geht es um die Veränderung der Beziehungen der Menschen zur Natur im Energiesektor, also zu den »energetischen« Produktivkräften. Das heißt konkret: An die Stelle der fossilen Energieträger, deren Nutzung die Hauptquelle für eine mögliche ökologische Katastrophe in Folge des Klimawandels ist, wird die Nutzung nachhaltiger Energieträger treten müssen, wodurch diese Katastrophe noch

15 Vgl. John Bellamy Foster: *Marx's Ecology. Materialism and Nature*, New York 2001.

16 Karl Marx: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844*, in: MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, S. 536 und 538.

17 Vgl. Nikolas Kozloff: Hugo Chávez. *Oil, Politics, and the Challenge to the United States*, New York 2006.

18 Vgl. Ursula Schönbberger: *Konzentration im Energiesektor*, Berlin 2008, <http://dokumente.linksfraktion.net/pdffdownloads/7765265516.pdf>

aufgehalten oder zumindest begrenzt werden kann, wenn dieser Wechsel rechtzeitig vollzogen wird. Die Herausforderung für die sozialistische Bewegung besteht darin, sich nicht nur zu nachhaltiger Energie zu bekennen, sondern in Auseinandersetzung mit den Verteidigern des fossilen Energieregimes dafür einzutreten, dass der Vormarsch regenerativer Energie vor allem aus Sonnenstrahlung und Wind nicht gebremst, sondern mit allen Mitteln gefördert wird.

Ein aktuelles Feld der Auseinandersetzung ist die Nutzung von Biomasse, deren Perspektive als Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung, nicht in der Treibstoffproduktion liegt, die eine der Hauptursachen für die Brandrodung der tropischen Wälder und die Trockenlegung der großen Moorflächen solcher Länder wie Brasilien, Malaysia und Indonesien darstellt. Die Vernichtung von Wäldern und Mooren ist für nahezu ein Fünftel der gegenwärtigen Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich.

Die Zurückdrängung der Macht der Energiekonzerne und die Durchsetzung eines nachhaltigen Energiesystems sind die beiden Seiten des energetischen Transformationsprozesses, die sich gegenseitig durchdringen. Je mehr Strom dezentrale Anbieter von Solar-, Bio- und Windenergie für ihren Eigenbedarf produzieren und in die Netze der Stromkonzerne einspeisen, desto kleiner wird deren ökonomische Machtbasis. Je mehr Kraftwerke von den Kommunen übernommen werden, desto größer sind die Chancen für Erzeuger von regenerativer Energie, an die Stromkunden heranzukommen.

Im Ergebnis des energetischen Transformationsprozesses verschwindet das atomar-fossile Energiesystem und damit die energetische Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise. Wie sich die Schaffung eines nachhaltigen Energiesystems auf den Fortgang des sozialistischen Transformationsprozesses auswirken wird, kann nicht vorausgesagt werden. Auf der einen Seite darf als durchaus wahrscheinlich angenommen werden, »dass das nachhaltige Energiesystem eine solche Produktions- und Lebensweise ermöglicht, die die Natur erhält, nicht zu Ressourcenkriegen drängt, und jedem Menschen Zugang zu Energie und damit zu einem besseren Leben eröffnet. Das heißt: die dem nachhaltigen Energiesystem gemäße Gesellschaftsordnung ist nicht der Kapitalismus, sondern der Sozialismus.«¹⁹ Auf der anderen Seite muss damit gerechnet werden, dass der Übergang vom fossilen zu einem nachhaltigen Energiesystem unter Bedingungen erfolgen wird, die von den gesellschaftlichen Folgen des Klimawandels immer stärker bis hin zu einer ökologischen Katastrophe geprägt sein werden. Die Menschheit ist damit in einer Deutlichkeit wie nie zuvor mit der Alternative konfrontiert: »Konkrete, reale und dauerhafte Fortschritte einer Transformation hin zum Sozialismus oder immer neue und schlimmere Rückfälle in die Barbarei.«²⁰

19 Hubert Fetzer: Nachhaltiges Energiesystem und Sozialismus, UTOPIE kreativ, Heft 210 (April 2008), S. 360.

20 Dieter Klein, Michael Brie: Elementare Fragen neu bedenken, in: Standpunkte 2/2007, S. 6.